



AfR/04/2013

Abschrift!

Protokoll

**über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung
am Donnerstag, dem 05.09.2013, 15:00 Uhr,
im Sitzungssaal des Kreistages,
Kreishaus am Schloßplatz, 31582 Nienburg**

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 16:07 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr KTA Wilhelm Bergmann-Kramer, 27324 Eystrup
Herr KTA Jörg Brüning, 31636 Linsburg
Herr KTA Ernst Brunschön, 31547 Rehburg-Loccum
Herr KTA Bernd Heckmann, 31608 Marklohe
Herr KTA Rüdiger Kaltoven, 31604 Raddestorf
Herr stellv. Landrat Jürgen Leseberg, 31636 Linsburg
Herr KTA Dr. Frank Schmädeke, 31622 Heemsen
Herr KTA Friedrich Sieling, 31613 Wietzen
Herr KTA Rolf Warnecke, 31582 Nienburg
Herr KTA Dr. Ralf Weghöft, 31582 Nienburg
Herr KTA Peter Westermann, 31600 Uchte

Beratendes Mitglied

Herr Helmut Ebeling, 31623 Drakenburg

Vertretung für Herrn
Claus Peter Schu-
mann

Herr Tobias Göckeritz, 31634 Steimbke
Herr Dr. Hans Reye, 31547 Rehburg-Loccum

Verwaltung

Herr Markus Arndt,
Herr Mark Härtel,
Herr BD Dietrich Pagels,
Herr Kreisrat Thomas Schwarz,

als Protokollführer

Der Vorsitzende KTA Warnecke eröffnet um 15:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Er bittet, die Tagesordnung um folgende Punkte zu erweitern:

Regionalstrategie Daseinsvorsorge – MORO-Projekt des Regionalmanagements Mitte Niedersachsen (REM) als TOP 5 und Beratung des LK Nienburg zum Thema Bundesverkehrswegeplan als TOP 6

Der Ausschuss Regionalentwicklung erklärt sich hiermit einverstanden.

Der Vorsitzende KTA Warnecke stellt sodann die nachstehende Tagesordnung fest:

- | | | |
|----------|---|-----------------|
| TOP 1: | Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung vom 30.05.2013 | |
| TOP 2: | Übertragung eines Anteils der sog. 1 € Mittel an die Stadt Nienburg/Weser | 2013/140 |
| TOP 3: | Maßnahmen erster Priorität für die Verwendung der Regionalisierungsmittel 32. Ergänzung (September 2013) | 2013/142 |
| TOP 4: | Entwurf der Teiländerung Windenergie des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP); hier: Änderung des Entwurfs/Erneute Beteiligung und öffentliche Auslegung gemäß § 3(6) S. 1 u. 2 NROG | 2013/141 |
| TOP 5: | Regionalstrategie Daseinsvorsorge – MORO-Projekt des Regionalmanagements Mitte Niedersachsen (REM) | 2013/178 |
| TOP 6: | Beratung des LK Nienburg zum Thema Bundesverkehrswegeplan | 2013/169 |
| TOP 7: | Mitteilungen/Anfragen | |
| TOP 7.1: | Mitteilungen/Anfragen hier: Mitteilung über den Sachstand der neuen EU-Förderperiode 2014-2020 | |
| TOP 8: | Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde | |

Zur Beglaubigung:

Der Vorsitzende	Protokollführer	Der Landrat In Vertretung
gez. Warnecke	gez. Härtel	gez. Schwarz
Kreistagsabgeordneter	Verwaltungsfachangestellter	Kreisrat



Protokoll zu TOP 1

05.09.2013

Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung vom 30.05.2013

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Das Protokoll des Ausschusses für Regionalentwicklung vom 30.05.2013 wird beschlossen.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 1 Enthaltung

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 2

2013/140

05.09.2013

Übertragung eines Anteils der sog. 1 € Mittel an die Stadt Nienburg/Weser

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Dem Antrag vom 11.07.2013 wird entsprochen. Der Landkreis Nienburg/Weser unterstützt die Stadt Nienburg bei der Finanzierung des Stadtbusses. Dazu wird ein der Einwohnerzahl entsprechender Anteil der „1-€-Mittel“ gem. § 7 Absatz 4 NNVG, die dem Landkreis im Rahmen seiner Aufgabenträgerschaft vom Land zufließen, an die Stadt weitergeleitet.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 0 Enthaltungen

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 3

2013/142

05.09.2013

**Maßnahmen erster Priorität für die Verwendung der Regionalisierungsmittel
32. Ergänzung (September 2013)**

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die Liste von Maßnahmen erster Priorität soll um

Maßnahme 164 Ausbau und barrierefreie Gestaltung der Halteselle Vehrenkamp in Eystrup mit einem Kostenrahmen von 36.000 €

Maßnahme 431 Bezuschussung von zusätzlichen Fahrten auf der Linie 150 - Zuschuss für die SG Grafschaft Hoya in den Jahren 2014, 2015, 2016 - mit einem Kostenrahmen von 5.000 € pro Jahr

erweitert werden.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 0 Enthaltungen

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 4

2013/141

05.09.2013

Entwurf der Teiländerung Windenergie des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP); hier: Änderung des Entwurfs/Erneute Beteiligung und öffentliche Auslegung gemäß § 3(6) S. 1 u. 2 NROG

Beschluss:

Das Gremium beschließt geändert.

Der RROP-Entwurf - einschließlich Umweltbericht, Landschaftsbildgutachten und Avifauna-Gutachten 2009 und 2010 – soll gemäß der Vorschriften des § 3 ff. NROG mit folgenden Änderungen öffentlich ausgelegt werden:

1. Für die Auslegung wird die Auflistung und Einstufung der Kriterien hinsichtlich des Kriteriums Wald – Seite 29 Nr. 15 der Begründung – dahingehend geändert, dass Wald vom Restriktionskriterium zum weichen Tabu verändert wird. Die Formulierungen im Folgenden sind entsprechend anzupassen, das Prüfergebnis bleibt unberührt.
2. Im Rahmen des Umweltberichts wurde ein Fehler erkannt. Auf Seite 10 der Aktualisierung: Streiche „Langen Moordamm“ setze „Langen Moorweg“. Dieser Bereich ist durch B-Plan gesichert und dem Innenbereich zuzuordnen. Es wäre daher ein 800 m Puffer anzuwenden.

Die Dauer der Auslegung und die Frist zur Abgabe einer Stellungnahme werden im Sinne des § 3 (6) S.2 auf acht Wochen begrenzt.

Beratungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit: 10 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme 0 Enthaltungen

Beratungsgang:

Kreisrat Schwarz erläutert die Vorlage und die wesentlichen Änderungen gegenüber dem 1. Entwurf.

KTA Brüning führt aus, dass ihn die Aufnahme des Gebietes Mensinghausen überrascht habe, er jedoch zustimmen könne, wenn der Schutz der Wiesenweihe ge-

währleistet werde.

Weiter führt er aus, dass der Niedersächsische Landtag einstimmig die Windenergieerzeugung in Wäldern mit geringen Ausnahmen ausgeschlossen hat und weist daraufhin, dass mit dem 2. Entwurf seitens der Verwaltung beabsichtigt sei, Wald nur als Restriktionskriterium zu behandeln. Er regt an, Wald als Weiches Tabu festzulegen.

Ferner ist KTA Brüning aufgefallen, dass im Umweltbericht die Ausführungen zum Langen Moorweg in Langendamm widersprüchlich zu den Aussagen der militärischen Nutzung seien und der Bereich nur als Siedlungsteil berücksichtigt werden solle mit daraus resultierenden reduzierten Abständen zur Wohnbebauung.

KTA Dr. Weghöft führt aus, dass die CDU Fraktion dem vorliegenden Entwurf ohne Änderungen zustimmen werde, damit die Beteiligung eingeleitet werde und das Verfahren weitergeführt werden könne. Ferner lobt er die Verwaltung in Bezug auf die gelungene Darstellung des Sachverhaltes und Abarbeitung der neuen Vorranggebiete nach der gleichen Systematik.

KTA Warnecke gibt zu bedenken, dass bei späterer Änderung eine erneute Auslegung notwendig sein könnte. Er führt weiter aus, dass in diesem Gremium bereits der Beschluss gefasst wurde, dass der Wald nicht für die Windenergienutzung freigegeben werde. Ferner sei das Fazit im Umweltbericht zur Siedlung „Langen Moorweg“ nicht korrekt gezogen worden. Die Siedlung sei durch einen Bebauungsplan als Innenbereich ausgewiesen worden. Daher sei der 800 m Puffer anzuwenden. KTA Warnecke schlägt daher vor, die Auslegung mit diesen beiden Änderungen zu beschließen.

BD Pagels warnt ausdrücklich davor, in diesem Planungsstadium das Kriterium Wald zu verändern. Das Planungskonzept beruht auf der Festlegung als Restriktionskriterium und sei so mit Herrn Prof. Dr. Schmidt-Eichstaedt abgestimmt. Allein die Tatsache, dass landesseitig im LROP Kriterien genannt seien, die zunächst festgestellt, bewertet und abgewogen werden müssten, zeige deutlich, dass es sich um Abwägungskriterien handeln würde, nicht um ein Tabu! Aus Gründen der Klarheit, der in der Begründung dargelegten Systematik und damit verbundenen Rechtssicherheit, sei es aus seiner Sicht erforderlich den Verwaltungsvorschlag beizubehalten.

KTA Leseberg erwidert, dass Herr Prof. Dr. Schmidt-Eichstaedt beide Möglichkeiten eröffnet habe.

Kreisrat Schwarz führt dazu aus, dass auch die Festlegung als Weiches Tabu keinen absoluten Schutz biete. Nur Harte Tabus könnten dies bewirken. Seiner Meinung nach könne das Kriterium Wald abweichend vom Vorschlag von Herrn Prof. Dr. Schmidt-Eichstaedt als Weiches Tabu gefasst werden.



Protokoll zu TOP 5

2013/178

05.09.2013

Regionalstrategie Daseinsvorsorge – MORO-Projekt des Regionalmanagements Mitte Niedersachsen (REM)

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 0 Enthaltungen

Beratungsgang:

Dipl.-Geogr. Arndt trägt den in der Tischvorlage dargestellten Sachverhalt vor. Er ergänzt in diesem Zusammenhang, dass für das aus dem Projekt hervorgegangene Umsetzungsprojekt MOREMA (Mobilitätsressourcenmanagement) beim Bund ein Förderantrag gestellt worden sei und der Landkreis sich bereiterklärt habe, im Falle einer Förderung durch den Bund und das Land eine Kofinanzierung von insgesamt 15.000 € für das Projekt zu leisten.



2013/169

05.09.2013

Beratung des LK Nienburg zum Thema Bundesverkehrswegeplan

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

Der Tagesordnungspunkt wird in den Kreisausschuss verwiesen.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 0 Enthaltungen

Beratungsgang:

Kreisrat Schwarz erläutert, dass die Beschlussvorlage erst am gestrigen Tage mit dem NLStBV abgestimmt werden konnte und erläutert die Vorlage.

KTA Brunschön führt aus, dass die Beschlussvorlage auf Initiative der CDU Fraktion in den AfR eingebracht wurde, er jedoch nicht erkenne, welchen Zweck diese Beschlussvorlage habe und welches Ziel damit verfolgt werde und schlägt vor diesen Tagesordnungspunkt auch auf Grund seines Umfanges zu vertagen.

KTA Dr. Weghöft führt aus, dass es Ziel sei, die Missstände im Landkreis Nienburg / Weser herauszuarbeiten und zu beheben, könne jedoch einer Vertagung zustimmen.

KTA Brunschön schlägt vor, dass eine Resolution von der CDU Fraktion erarbeitet werde und diese dann direkt im Kreisausschuss behandelt werden solle, um keine Zeit zu verlieren.



Protokoll zu TOP 7

05.09.2013

Mitteilungen/Anfragen

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.



Protokoll zu TOP 7.1

05.09.2013

Mitteilungen/Anfragen hier: Mitteilung über den Sachstand der neuen EU-Förderperiode 2014-2020

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 0 Enthaltungen

Beratungsgang:

BD Pagels berichtet, dass zwischenzeitlich auf EU-Ebene eine Verständigung auf den finanziellen Rahmen für den Zeitraum 2014-2020 erfolgt sei. Derzeit würden auf Grundlage dieser Einigung Gespräche auf Bundesebene und zwischen dem Bund und den Bundesländern geführt.

In Niedersachsen habe die neue Landesregierung im Mai 2013 mit ihrer Kabinettsentscheidung grundsätzlich die Ausrichtung der Programme beschlossen.

Im Bereich des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) würden vier Schwerpunkte festgelegt.

Im Schwerpunkt 1 (Innovationsförderung) sollen betriebliche Innovationen sowie Innovationen an Hochschulen gefördert werden, mit dem Ziel, EU-weit sichtbare Ergebnisse zu erreichen.

Der Schwerpunkt 2 (Wettbewerbsfähigkeit von KMU) soll insbesondere die Gründungsförderung sowie Maßnahmen zur Optimierung der Infrastruktur beinhalten.

Schwerpunkt 3 (CO₂-Reduzierung) hat den Ausbau von regenerativen Energien und die CO₂-Reduzierung als Hauptziele.

Im Schwerpunkt 4 (Regionale Entwicklung) werde derzeit noch auf Landesebene unter Einbindung der regionalen Akteure über die endgültige Ausgestaltung diskutiert. Es zeichne sich aber ab, dass die Regionalisierten Teilbudgets (RTB) nicht fortgeführt werden. Die Staatskanzlei favorisiere momentan das neue Instrument der „Integrierten territorialen Investitionen“ (ITI), ohne zum jetzigen Zeitpunkt genaue Inhalte zu benennen.

Viele der vom Land geplanten Schwerpunkte seien durch Projekte der REK abgedeckt. Es sei beabsichtigt, dem Land einen Vorschlag (Konzept) zu unterbreiten, wie diese REK-Projekte in der neuen Förderperiode fortgesetzt werden können.

Im Bereich des Europäischen Sozialfonds (ESF) sollen fünf Schwerpunkte gesetzt werden.

Schwerpunkt 1 (Armutsbekämpfung und -vorbeugung) sieht dabei eine umfassende Arbeitsmarktstrategie für das Land vor. Hierzu zählen auch Jugendwerkstätten und Pro-Aktiv-Zentren.

Im Schwerpunkt 2 (Sicherung des Fachkräftebedarfs) sollen eine Fachkräfteinitiative gestartet und ein Fachkräftesicherungskonzept erarbeitet werden.

Schwerpunkt 3 (Gleichstellung von Frauen und Männern, Gender-Mainstreaming) sieht frauenspezifische Arbeitsmarktmaßnahmen vor, um nach wie vor bestehende Disparitäten auszugleichen.

Der Schwerpunkt 4 (Verbesserung der Bildungschancen) soll zum einen die Senkung der Schulabbrecherquote sowie zum anderen eine Verbesserung des Übergangs von Schule-Beruf beinhalten.

Im Schwerpunkt 5 (Regionale Entwicklung) sollen mit dem entsprechenden EFRE-Schwerpunkt ganzheitliche regionale Strategien gefördert werden, die sich mit regionalen Arbeitsmarkt- und Armutsbekämpfungsstrategien sowie Maßnahmen zur Bewältigung des demographischen Wandels befassen.

Im Bereich des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) sind wesentliche Schwerpunkte die „Förderung von Wissenstransfer und Innovation in der Land- und Forstwirtschaft und in den ländlichen Gebieten“ sowie die „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit aller Arten von Landwirtschaft und der Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe“. Die Diskussionen im ELER seien allerdings noch nicht so weit fortgeschritten wie in den anderen Fonds, so dass hier noch keine konkreteren Aussagen getroffen werden können. Insbesondere im Bereich der Mittelausstattung müssen zunächst noch grundsätzliche Fragen geklärt werden. Hier wird derzeit noch eine Verschiebung von Mitteln aus der 1. Säule (einzelbetriebliche Ausgleichszahlungen) zugunsten der 2. Säule, welche die o. g. Schwerpunkte beinhaltet, diskutiert.

Entsprechend dem EU-Kompromiss zum mehrjährigen Finanzrahmen gehe das Land Niedersachsen aktuell von einem gesamten Mittelvolumen in Höhe von 1.669 Mio. € für den Zeitraum 2014-2020 aus (entspricht einer Reduzierung der Mittel um ca. 40% gegenüber der laufenden Förderperiode).

Im EFRE stünden davon ca. 604 Mio. € zur Verfügung (Reduzierung um ca. 53% bezogen auf den Zeitraum 2007-2013), die über das Nds. Wirtschaftsministerium abgewickelt werden sollen.

Im ESF werde derzeit von ca. 240 Mio. € ausgegangen (Reduzierung um 46%), die federführend vom Nds. Sozialministerium und dem Nds. Wirtschaftsministerium abgewickelt werden sollen.

Im ELER stünden nach den aktuellen Daten ca. 800 Mio. € (Reduzierung um 16%) zur Verfügung, die vom Nds. Landwirtschaftsministerium verwaltet werden.

Weitere 25 Mio. € stünden noch im Europäischen Fischereifonds (EMFF) zur Verfügung.

Die Staatskanzlei werde im Oktober Regionalveranstaltungen durchführen, um die regionalen Akteure in das weitere Verfahren einzubinden. Das Land Niedersachsen plant die Einreichung der operationellen Programme noch im Jahr 2013 durchzuführen.

Für die Umsetzung der Programme vor Ort werde das Land Niedersachsen Regionalbüros errichten. Für die Region Hannover wird das Regionalbüro in Hildesheim eingerichtet.

Vom Land Niedersachsen solle eine nachhaltige Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU angestrebt werden, um das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung in den Regionen zu unterstützen.

KMU sollen in die Lage versetzt werden, Standortqualitäten als Wachstumsfaktoren zu entwickeln um auf Herausforderungen wie Urbanisierung, demografischen Wandel und Internationalisierung wirksam reagieren zu können.

Die Realisierung der Maßnahme solle der Bereitstellung einer wettbewerbsfähigen und hochwertigen Infrastruktur dienen. Die Vorhaben müssten zum Ausbau der Innovationskapazitäten bzw. der Wettbewerbsfähigkeit der regionalen und lokalen Wirtschaft geeignet sein. Die Projekte sollten möglichst einen innovativen Charakter haben und besondere regionale oder überregionale Wachstumseffekte auslösen. Sie sollten sich in die regionale Infrastruktur einfügen und zu einer nachhaltigen und integrierten wirtschaftlichen Entwicklung und Beschäftigung führen.

Zur Umsetzung dieser Vorhaben wolle das Land Niedersachsen bestehende Kooperationen und Netzwerke nutzen. Es sollen keine neuen Kooperationen gefördert werden, so dass bestehende regionale Kooperationen, wie die REK Weserbergland^{plus}, in Zukunft „überlebenswichtig“ sein werden, da entsprechende Vorgaben explizit in den Richtlinien verankert würden.

Ferner teilt BD Pagels mit, dass am 28.10.2013 in Hildesheim eine Regionalkonferenz für den alten Regierungsbezirk Hannover zu diesem Thema stattfindet, zu der die Mitglieder des Ausschusses noch gesondert eingeladen werden.



Protokoll zu TOP 8

05.09.2013

Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsgang:

ohne